

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1999

Ausgegeben am 24. Juni 1999

Teil III

**118. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
(NR: GP XX RV 1388 AB 1515 S. 149. BR: AB 5823 S. 647.)**

118.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Slowenien, im folgenden Vertragsparteien genannt,

- überzeugt davon, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit eine der wichtigsten Grundlagen der Beziehungen zwischen den Vertragsparteien bildet und ein wichtiges Element für die Stabilität Europas darstellt,
- im Hinblick auf die in den gutnachbarlichen wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den Vertragsparteien gewonnene positive Erfahrung und die Notwendigkeit der Vervollkommnung dieser Beziehungen,
- unter Berücksichtigung der raschen Erweiterung des wissenschaftlichen und technischen Wissens sowie der Internationalisierung von Wissenschaft und Technologie,
- von dem Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Technologie entsprechend den neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Europa durchzuführen,
- in Anerkennung der Wichtigkeit einer verbesserten Koordination der österreichisch-slowenischen Beziehungen auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien unterstützen im Rahmen ihrer geltenden Rechtsvorschriften und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in gemeinsam vereinbarten Bereichen unter Berücksichtigung der jeweils festgelegten staatlichen Prioritäten in Wissenschaft und Forschung.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien unterstützen die Entwicklung direkter wissenschaftlich-technischer Beziehungen zwischen staatlichen Einrichtungen, den Akademien der Wissenschaften, den Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungszentren, den Forschungs- und Technologieinstituten sowie zwischen Unternehmen und anderen Institutionen beider Seiten.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die Ausarbeitung gemeinsamer Projekte, welche an bestehenden sowie an zukünftigen europäischen und internationalen Programmen teilnehmen können, und die Einbindung von Wissenschaftlern und Experten der Vertragsparteien bei ihrer Verwirklichung.

Artikel 3

Die im Artikel 1 vorgesehene Zusammenarbeit kann insbesondere folgende Formen umfassen:

1. Austausch wissenschaftlich-technischer Informationen, Dokumentationen und Veröffentlichungen;
2. Austausch von Wissenschaftlern und Experten im Rahmen bilateraler, von den Vertragsparteien genehmigter Projekte zur Durchführung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit;
3. Durchführung und Unterstützung gemeinsamer wissenschaftlich-technischer Veranstaltungen und sonstiger wissenschaftlicher Programme unter Berücksichtigung von Initiativen multilateralen Charakters mit der Möglichkeit gegenseitig Forschungsmaterial, wissenschaftliche Geräte und Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen;
4. andere Formen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, welche von den Vertragsparteien festgelegt werden.

Artikel 4

(1) Nach diesem Abkommen findet kein Zahlungsverkehr zwischen den Vertragsparteien statt. Jeder Vertragsstaat übernimmt bei gemeinsamen Projekten gemäß Artikel 3 für die von ihm entsandten Personen die Reisekosten und für die von ihm empfangenen Personen die Aufenthaltskosten.

- (2) 1. Die medizinische Betreuung für die auf der Grundlage dieses Abkommens entsendeten Personen erfolgt gemäß dem am 10. März 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über die soziale Sicherheit *).
2. Falls die medizinische Betreuung nicht gemäß dem vorgenannten Abkommen erfolgen kann, wird vom Entsendestaat ein entsprechendes Formblatt zur Verweisung auf den anderen Staat ausgestellt, womit der Entsendestaat die Kosten für dringende medizinische Betreuung im Krankheits- oder Verletzungsfall übernimmt (außer Zahnprothetik oder die Behandlung von chronischen Krankheiten).
3. Falls der Entsendestaat für die Kosten der medizinischen Betreuung auf solche Weise nicht aufkommen kann, übernimmt der Empfangsstaat die Kosten der dringenden medizinischen Betreuung in dem in der Ziffer 2 vorgesehenen Umfang.
4. Die Sicherung der medizinischen Betreuung gemäß Ziffer 3 gilt nur bei Austauschvorhaben, die auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den zuständigen Ministerien beider Staaten durchgeführt werden.

Artikel 5

(1) Zur Durchführung dieses Abkommens setzen die Vertragsparteien den Gemeinsamen Ausschuß für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ein, dessen Mitglieder von den Regierungen beider Vertragsparteien nominiert werden.

(2) Die Aufgaben des Gemeinsamen Ausschusses sind:

1. Übersicht über die Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen;
2. Festlegung neuer Bereiche der Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen;
3. Erstellung des laufenden Arbeitsprogrammes gemäß diesem Abkommen;
4. Behandlung sonstiger Angelegenheiten, die sich auf dieses Abkommen beziehen.

(3) Der Gemeinsame Ausschuß tritt abwechselnd in einem der beiden Vertragsstaaten zu einem gemeinsam vereinbarten Termin zusammen.

Artikel 6

(1) Jede Vertragspartei notifiziert der jeweils anderen Vertragspartei diejenige Stelle, die für die Durchführung der Maßnahmen auf Grund dieses Abkommens zuständig ist.

(2) Zur Durchführung im Sinne des Absatz 1 zählen insbesondere folgende Maßnahmen:

1. jährliche Ausschreibung für Bewerbungen gemäß Artikel 3;
2. Sammlung und Evaluierung der Anträge gemäß Ziffer 1;
3. Erstellung einer Liste förderungswürdiger Anträge auf Grund der Evaluierung gemäß Ziffer 2 in Absprache mit der zuständigen Stelle der jeweils anderen Vertragspartei;
4. Einholung der jeweils innerstaatlich erforderlichen Genehmigungen;
5. Verständigung der Antragsteller von der Entscheidung des Gemeinsamen Ausschusses gemäß Artikel 5;
6. Entgegennahme der Berichte über durchgeführte Projekte.

*) Kundgemacht in BGBl. III Nr. 103/1998

Artikel 7

Die Vertragsparteien gewährleisten eine angemessene und wirksame Wahrung des auf Grund dieses Abkommens erworbenen geistigen Eigentums.

Artikel 8

Die Zusammenarbeit gemäß diesem Abkommen erfolgt nach Maßgabe der für die beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 9

Die Vertragsparteien konsultieren einander auf diplomatischem Weg auf Antrag eines von ihnen, falls bei der Zusammenarbeit Schwierigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens auftreten.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Es verlängert seine Geltung für einen Zeitraum von höchstens fünf weiteren Jahren, wenn nicht eine der beiden Vertragsparteien der anderen schriftlich auf diplomatischem Wege drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer mitteilt, daß sie diese Verlängerung nicht wünscht. Während der zweiten fünfjährigen Geltungsperiode kann das Abkommen jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten von jeder Vertragspartei auch vorzeitig schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Das Außerkrafttreten des vorliegenden Abkommens zieht nicht die Beendigung gemeinsamer Arbeiten, die auf seiner Grundlage durchgeführt werden und zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens nicht abgeschlossen sind, nach sich.

GESCHEHEN ZU Wien, am 8. Mai 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Caspar Einem

Für die Regierung der Republik Slowenien:

Dr. Lojze Marinček

SPORAZUM**med Vlado Republike Avstrije in Vlado Republike Slovenije o znanstveno-tehničnem sodelovanju**

Vlada Republike Avstrije in Vlada Republike Slovenije, v nadaljevanju pogodbenici,
– v prepričanju, da je znanstveno-tehnično sodelovanje med najpomembnejšimi osnovami za dvostranske odnose med pogodbenicama in pomemben dejavnik trdnosti v Evropi,
– glede na pozitivne izkušnje, pridobljene na podlagi dobrososedskih odnosov na področju znanosti in tehnologije med pogodbenicama, in potrebe po izpopolnjevanju teh odnosov,
– ob upoštevanju hitrega naraščanja znanstvenega in tehnološkega znanja kakor tudi vse večje internacionalizacije znanosti in tehnologije,
– z željo, da bi sodelovanje med pogodbenicama v znanosti in tehnologiji potekalo v skladu z novimi političnimi, gospodarskimi in družbenimi odnosi v Evropi,
– zavedajoč se pomembnosti boljšega usklajevanja avstrijsko-slovenskih odnosov na področju znanosti in tehnologije,
sta se dogovorili, kot sledi:

1. člen

Pogodbenici bosta v skladu s svojimi veljavnimi pravnimi predpisi in na podlagi vzajemnosti podpirali razvoj znanstveno-tehnološkega sodelovanja na skupaj dogovorjenih področjih, pri čemer se upoštevajo določene državne prednostne naloge v znanosti in raziskovanju.

2. člen

(1) Pogodbenici podpirata razvoj neposrednih odnosov v znanosti in tehnologiji med državnimi ustanovami, akademijami znanosti in umetnosti, visokošolskimi ustanovami, znanstveno-raziskovalnimi centri, raziskovalnimi in tehnološkimi inštituti, podjetji in drugimi ustanovami obeh strani.

(2) Pogodbenici bosta v okviru pravnih možnosti podpirali pripravo skupnih projektov, ki bodo lahko vključeni v obstoječe kot tudi v prihodnje evropske in mednarodne programe ter sodelovanje svojih znanstvenikov in strokovnjakov pri njihovem uresničevanju.

3. člen

Sodelovanje, predvideno v 1. členu, lahko obsega zlasti naslednje oblike:

1. izmenjavo informacij, dokumentacije in publikacij s področja znanosti in tehnologije;
2. izmenjavo znanstvenikov in strokovnjakov v okviru s strani pogodbenic odobrenih dvostranskih projektov za izvejanje znanstveno-tehnološkega sodelovanja;
3. izvajanje in podporo skupnim znanstveno-tehnološkim prireditvam in drugim znanstvenim programom z upoštevanjem večstranskih pobud, z možnostjo medsebojnega posredovanja raziskovalnega gradiva, znanstvenih naprav in opreme;
4. druge oblike znanstveno-tehnološkega sodelovanja, ki jih določita pogodbenici.

4. člen

(1) Po tem sporazumu med pogodbenicama ne poteka nikakršen plačilni promet. Vsaka pogodbenica prevzame pri skupnih projektih iz 3. člena nastale stroške potovanja oseb, ki jih pošilja, in bivanja oseb, ki jih sprejema.

- (2) 1. Zdravstvena oskrba oseb, ki so bile odposlane na osnovi tega sporazuma, se ureja v skladu s Sporazumom o socialni varnosti, ki je bil 10. marca 1997 podpisan med Republiko Avstrijo in Republiko Slovenijo.
2. Če te zdravstvene oskrbe ni mogoče urediti v skladu z navedenim sporazumom, država pošiljateljica izda ustrezen obrazec o napotitvi v drugo državo, s čimer država pošiljateljica prevzame stroške za nujno zdravstveno oskrbo v primeru bolezni ali poškodbe (razen zobne protetike ali zdravljenja kroničnih obolenj).
3. Če država pošiljateljica na tak način ne more kriti stroškov zdravstvene oskrbe, prevzame država prejemnica stroške nujne zdravstvene oskrbe v obsegu, ki je predviden v točki 2.
4. Zagotavljanje zdravstvene oskrbe v skladu s točko 3 velja le za tiste projekte izmenjave, ki potekajo na osnovi dogovorov med pristojnimi ministrstvi obeh držav.

5. člen

(1) Da bi zagotovili izvajanje tega sporazuma, bosta pogodbenici ustanovili Skupni odbor za znanstveno in tehnološko sodelovanje, ki ga bodo sestavljali člani, ki jih bosta imenovali pogodbenici.

(2) Naloge Skupnega odbora so:

1. pregled sodelovanja po tem sporazumu;
2. določitev novih področij sodelovanja po tem sporazumu;
3. priprava tekočega delovnega programa po tem sporazumu;
4. obravnava drugih zadev, ki se nanašajo na ta sporazum.

(3) Skupni odbor se bo sestajal izmenično v eni od obeh pogodbenic v dogovorjenem terminu.

6. člen

(1) Vsaka pogodbenica obvesti drugo pogodbenico o službi, pristojni za izvajanje ukrepov na podlagi tega sporazuma.

(2) Za izvajanje v smislu prvega odstavka se štejejo predvsem naslednji ukrepi:

1. letni razpis za izbor projektov v skladu s 3. členom;
2. zbiranje in ovrednotenje vlog v skladu s 1. točko;
3. sestavljanje seznama vlog, primernih za dodelitev podpore, na podlagi ovrednotenja v skladu z 2. točko po dogovoru s pristojno službo druge pogodbenice;
4. pridobitev potrebnih državnih dovoljenj vsake pogodbenice;

5. obveščanje prosilcev o sklepih Skupnega odbora, skladno s 5. členom;
6. sprejemanje poročil o izvedenih projektih.

7. člen

Pogodbenici bosta zagotovili ustrezno in učinkovito varovanje intelektualne lastnine, pridobljene na podlagi tega sporazuma.

8. člen

Sodelovanje po tem sporazumu poteka v skladu z veljavnimi pravnimi predpisi obeh držav.

9. člen

Pogodbenici se na pobudo ene izmed njiju po diplomatski poti posvetujeta, če pri sodelovanju nastopijo težave, povezane z razlago ali uporabo tega sporazuma.

10. člen

(1) Sporazum začne veljati prvi dan tretjega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta pogodbenici po diplomatski poti pisno obvestili druga drugo, da so izpolnjeni notranjepravni pogoji za njegovo uveljavitev.

(2) Sporazum se sklene za pet let. Podaljša se največ za naslednjih pet let, če nobena od pogodbenic tri mesece pred iztekom trajanja veljavnosti pisno po diplomatski poti ne sporoči, da ga ne želi podaljšati. Med drugim petletnim obdobjem trajanja sporazuma lahko ob upoštevanju šestmesečnega odpovednega roka sporazum kadar koli tudi predčasno pisno po diplomatski poti odpove ena ali druga pogodbenica.

(3) Prenehanje veljavnosti tega sporazuma nima za posledico prenehanja skupnih del, ki se izvajajo na podlagi tega sporazuma, in ob prenehanju njegove veljavnosti še niso končana.

SKLENJENO NA Dunajce dne 8. maja 1998 v dveh izvornikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer sta obe besedili enako verodostojni.

Za Vlado Republike Avstrije:

Dr. Caspar Einem

Za Vlado Republike Slovenije:

Dr. Lojze Marinček

Die Mitteilungen gemäß Art. 10 Abs. 1 des Abkommens wurden am 23. April 1999 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 10 Abs. 1 mit 1. Juli 1999 in Kraft.

Klima